

# Gegen das Samidoun-Verbot!

Stellungnahme der Zentralen Leitung der KO  
vom 7. Oktober 2023

Am vergangenen Donnerstag verkündete Bundesinnenministerin Nancy Faeser ein Betätigungsverbot gegen die linke Solidaritätsorganisation für palästinensische Gefangene Samidoun, die damit verboten und aufgelöst wird<sup>1</sup>. Die Kommunistische Organisation verurteilt dieses empörende Verbot, das sich einreihet in die seit Jahren andauernde verschärfte Repression gegen die palästinensische Bewegung und in eine rasante Verschiebung des herrschenden Diskurses nach rechts<sup>2</sup>. Der Kampf des palästinensischen Volkes gegen israelische Besatzung, Siedlerkolonialismus und Apartheid bleibt gerecht, auch wenn imperialistische Staaten wie die BRD versuchen, ihm die Luft abzuschneiden und ihn zu diffamieren.

Nicht Samidoun richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung (wie das Bundesinnenministerium als Begründung hervorbringt<sup>3</sup>), es ist die andauernde zionistische Besatzung die faktisch eine Völkerverständigung in Palästina verhindert<sup>4</sup>. Schuld daran trägt die herrschende Klasse Israels, die die Besatzung aufrechterhält, die Siedlerbewegung unterstützt, die Lebensbedingungen der Palästinenser zerstört und zu keinen ernsthaften Zugeständnissen an die palästinensische Seite bereit ist. Kritik an diesen Tatsachen wird in der Bundesrepublik systematisch als „Antisemitismus“ gebrandmarkt, ausgerechnet von dem imperialistischen Land, das unzählige am Holocaust beteiligte Faschisten in höchsten Ämtern und Ehren hielt, anstatt ihnen wirklich den Prozess zu machen. Dieser „Antisemitismus“-Begriff dient einzig und alleine dazu, solche Verbote wie von Samidoun und die Diffamierung und Delegitimierung der Unterstützung des palästinensischen Widerstands vor aller Welt zu legitimieren. Ausgerechnet in einem

Land, dessen Verfassungsschutz in den faschistischen Terror des NSU verwickelt war, in dem antisemitische Flugblätter eines Landespolitikers als Jugendsünde abgetan werden und das bisher keinen Anlass sah, eine große öffentliche Kampagne gegen die zu über 80% von rechts verübten antisemitischen Gewalttaten ins Leben zu rufen<sup>5</sup>.

Die Begründung des BMI wird mutmaßlich als Blaupause für weitere Verbotverfahren dienen: neben dem Vorwurf, sich „gegen den Gedanken der Völkerverständigung“ zu richten führt das BMI an, Samidoun beeinträchtigt und gefährdet „das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern und von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Ordnung sowie sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland, [befürworte] Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange und [rufe] diese hervor und [unterstütze] Vereinigungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten und androhen.“ Bereits am 16. Oktober stellte der Präsident des Verfassungsschutzes Thomas Haldenwang weitere Verbote für „eine ganze Reihe“ von Vereinen in Aussicht, die er namentlich nicht nennen wollte, um sie nicht vorzuwarnen.<sup>6</sup>

Die aktuelle Politik des deutschen Staats führt damit die jahrzehntelange Tradition fort, linke Aktivisten und Aktivistinnen mit verschiedenen Mitteln zu unterdrücken, in ihrer Berufswahl einzuschränken und öffentlich zu diffamieren.

**Wir lassen uns davon nicht einschüchtern. Es lebe der palästinensische Befreiungskampf!**

- 1 <https://kommunistische.org/stellungnahmen/gegen-das-verbot-der-palaestinensischen-organisation-samidoun/>
- 2 <https://kommunistische.org/stellungnahmen/der-staat-zeigt-sein-repressives-gesicht/>
- 3 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/11/vereinsverbot-hamas-samidoun.html>
- 4 <https://kommunistische.org/stellungnahmen/der-terrorist-heisst-israel/>

5 <https://de.statista.com/infografik/22240/anzahl-der-antisemitischen-gewalttaten-in-deutschland/>

6 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-verfassungsschutz-stellt-weitere-verbote-islamistischer-vereine-in-aussicht-a-67c89382-6b43-4d44-b3dc-ef7c24b8bb19>